

26.08.2024

Resolution der Fraktionen
CDU, SPD, FWG, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN,
FDP und FWM/Die Linke
„75 Jahre Grundgesetz – Demokratie verteidigen“

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Saftig,

hiermit reichen wir die nachstehende Resolution zur Behandlung in der Kreisausschuss-Sitzung am 02.09.2024 und in der Kreistagssitzung am 09.09.2024 ein:

Am 23.05.2024 wurde unser Grundgesetz 75 Jahre alt. Seit dem Inkrafttreten gilt es als Garant für Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt. Der zentrale Satz unserer Verfassung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist Grundlage unseres politischen Selbstverständnisses und Handelns.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung gilt es auch in Krisenzeiten zu bewahren und zu fördern. Das gemeinsame Ringen um sinnvolle Lösungsansätze soll am Ende immer zu einem guten Kompromiss führen, der das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort verbessert.

Das Grundgesetz gewährleistet uns unter anderem die Freiheit, die eigene Meinung frei zu äußern, das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt, sowie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Das Grundgesetz garantiert uns, dass wir in einem Rechtsstaat leben und hoheitliche Entscheidungen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können.

Für den Zusammenhalt in der Gesellschaft brauchen wir die Demokratie. Sie hat sich als Erfolgsmodell – unabhängig von allen Problemen und Auseinandersetzungen, die es auch gibt – bewährt. Grundlage einer funktionierenden Demokratie ist die kommunale Selbstverwaltung. Sie gilt es weiter zu stärken. Denn hier erfahren die Menschen den Staat und seine Struktur.

Demokratie braucht die Menschen, die ihre Grundsätze leben. Aber die Menschen brauchen auch die Demokratie, um in Freiheit leben zu können. Deswegen treten wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern extre-

mistischen Tendenzen entgegen. Wir stehen für einen fairen, sachlichen Dialog und den notwendigen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die zentralen Herausforderungen unseres Landes, wie den Erhalt der Stabilität von Gesellschaft und Wirtschaft, die Bewältigung des Klimawandels, die Umsetzung der Energiewende, die Stärkung des Katastrophen- und Zivilschutzes, die Gewährleistung guter Bildung und den Umgang mit der Migration meistern wir nur gemeinsam.

Wir setzen uns ein für einen diskriminierungsfreien, respektvollen Umgang in den kreisverwalteten Einrichtungen und Institutionen. Schülerinnen und Schüler sollen sich in den Schulen mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auseinandersetzen können, um sich auf eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und der Demokratie vorzubereiten.

Ein starkes Vereinsangebot sowie kulturelle und politische Vielfalt stärkt das Miteinander in unserer Gesellschaft; diese sollen nach Möglichkeit gefördert werden.

Versuchte Beeinflussungen, eine immer größer werdende Flut von Fake News, und auch Einschüchterungsversuche gegen Lehrpersonal, Kulturschaffende, gemeinnützige Vereine sowie demokratische Organisationen sehen wir mit großer Sorge.

Wir stehen gemeinsam ein für Meinungsfreiheit, faktenbasierte Entscheidungen und Wertschätzung unseres Grundgesetzes, welches vor 75 Jahren unter dem Nachhall der Schrecken des Zweiten Weltkrieges verfasst wurde.

Begründung:

Die Demokratie ist gefährdet. Extremistische Einstellungen nehmen zu. Die drohende Spaltung der Gesellschaft ist auch eine Herausforderung für die Kommunen. Es ist ein Alarmzeichen, wenn nach einer diesjährigen Umfrage von Forsa im Auftrag der Körber-Stiftung unter den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern 16 Prozent vermehrte demokratiefeindliche Tendenzen wahrnehmen. Auch wenn die kommunale Ebene nach wie vor ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießt, ist die allgemeine politische Stimmung nach den aktuellen Ergebnissen der Forsa-Befragungen ernst zu nehmen.

Umso wichtiger sind und waren in den letzten Monaten die bundesweiten Demonstrationen der Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nicht nur eine Momentaufnahme sein darf, sondern einer permanenten Wachsamkeit bedarf.

Deshalb kann und darf es in keinem demokratisch gewählten Gremium eine Zusammenarbeit mit Organisationen geben, deren Ziel die Begren-

zung oder teilweise Aufhebung unserer demokratischen Grundrechte zum Ziel hat.

Georg Moesta
CDU-Fraktion

Maximilian Mumm
SPD-Fraktion

Ralf Schmorleiz
FWG-Fraktion

Klaus Meurer
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Ekkehard Raab
FDP-Fraktion

Hans-Georg Schönberg
Fraktion FWM/Die Linke